



HALLE ★ Die Stadt

Antrag

Nummer III/2000/00767

TOP:

Datum: 30.05.2000

Wiedervorlag . . .
e
Aktz.

PDS-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Status	Zusti- m- mung	Verän- - derun- g	Ableh- - nung
Stadtrat	21.06.2000	öffentlich beschließen d			

Betreff:

Antrag der Fraktion der PDS zu einer neuen Ausbildungsinitiative in der Stadt Halle

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, neue Initiativen zur Bereitstellung von Lehr- bzw. Ausbildungsstellen in der Stadt Halle auszulösen.

Die Oberbürgermeisterin gewährleistet, dass innerhalb der Stadtverwaltung in den Jahren 2000 und 2001 alle Kapazitäten zur Bereitstellung (auch zusätzlichen) Ausbildungsstellen erschlossen werden.

Darüber hinaus wird die Oberbürgermeisterin dahingehend wirken, dass die in Halle (S.) ansässigen Unternehmen, Einrichtungen und Betriebe, die hierzu in der Lage sind, ihrer Verantwortung für die Bereitstellung von (auch zusätzlichen) Ausbildungsstellen gerecht werden.

2. Die Verwaltung wird den Stadtrat bis zu seiner Tagung am 22.11.2000 über die Ergebnisse ihrer Bemühungen zur Umsetzung des Punktes 1 informieren.

Hierbei sollten auch Aussagen getroffen werden über

- die Bereitstellung von Ausbildungsstellen für junge Leute mit Behinderungen bzw. besonderem

Förderbedarf,

- die Umsetzung bzw. Wirksamkeit spezifischer Förderprogramme des Bundes und des Landes,

speziell des Programmes „Berufsfachschule in Kooperation mit der Wirtschaft“,

- bisherige Erfahrungen einer „Ausbildung im Verbund“,

- den Besuch beruflicher Vollzeitschulen an den Berufsbildenden Schulen der Stadt Halle.

gez. Dr. Bodo Meerheim

Vorsitzender der Fraktion

B e g r ü n d u n g:

Nach zuletzt gegebenen Informationen des Arbeitsamtes (Stand: Ende April 2000) waren im Bereich ihres Hauptamtes Halle über 2000 Bewerberinnen und Bewerber um eine Ausbildungsstelle noch nicht vermittelt.

Unserem Antrag liegt das Ziel zugrunde, allen Jugendlichen, die sich darum bewerben, eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Hierzu ist - bei Beachtung unterschiedlicher Zuständigkeiten - ein neues und verstärktes Engagement aller Beteiligten dringend erforderlich. Der Antrag steht in der Kontinuität mehrerer Stadtratsbeschlüsse zur Bereitstellung von Lehrstellen (zuletzt vom 27.05.1998), auch in der Vergangenheit von der Verwaltung ausgegangenen Aktivitäten.